



dokumente *

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 02/15

* Verbraucherkonferenz 2015

Wir können mehr als Currywurst - Gesunde Ernährung für Alle

Veranstaltung der AG Ernährung und Landwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion
01. Juli 2015 im Reichstagsgebäude Berlin

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: ARBEITSGRUPPE ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT
GESTALTUNG: ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: (030) 227-57133
TELEFAX: (030) 227-56800

WWW.SPDFRAKTION.DE

ERSCHIENEN IM NOVEMBER 2015

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Inhaltsverzeichnis

- 05 **Vorwort**
Thomas Opperman, MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- 07 **Grußwort**
Christine Lambrecht, MdB
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion
- 11 **Das Verbraucherbild der Bundesregierung**
Ulrich Kelber, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der
Justiz und für Verbraucherschutz
- 15 **Grußwort**
Ute Vogt, MdB
Stellvertretende Faktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Elvira Drobinski-Weiß, MdB
Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
- 17 **Zusammenfassung**
Forum 1 „Gesunde Ernährung für alle – ein Gebot sozialer
Gerechtigkeit“
- 19 **Zusammenfassung**
Forum 2 „Lebensmittelskandalen vorbeugen: Überwachung
stärken, Transparenz verbessern“
- 21 **Zusammenfassung**
Forum 3 „Nachhaltige Landwirtschaft und bezahlbare
Lebensmittel – ein Widerspruch?“
- 25 **Anhang**
Pressemitteilung zur Verbraucherkonferenz der
SPD-Bundestagsfraktion

Vorwort



Sehr geehrte Damen und Herren,

eine gesunde Ernährung ist die Basis für ein gesundes Leben. Alle Umfragen zeigen: Die Bürgerinnen und Bürger wissen das. Die meisten von ihnen wollen sich gesund ernähren. Doch selbst die gut Informierten schaffen es oft nicht, die Theorie dauerhaft in die Praxis umzusetzen. Dann greifen sie doch zur schnellen Currywurst, anstatt sich ein Vollkornbrot zu schmieren.

Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen Jahren ein neues Verbraucherbild in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt – den realen Verbraucher. Wir wissen: Der mündige Verbraucher, der stets rational entscheidet und jede Wahl bewusst trifft, ist eine Wunschvorstellung. In Wirklichkeit ist das Essensangebot häufig intransparent, so dass informierte Entscheidungen gar

nicht möglich sind. Auch entscheiden sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher im Alltag eher spontan und aus der Situation heraus für eine Mahlzeit. Hinzu kommt der Zeitmangel, der es vielen Menschen erschwert, sich gesund zu ernähren.

Die SPD-Bundestagsfraktion versucht, diesem Dilemma auf den Grund zu gehen und Lösungen zu finden: Was genau hindert Menschen daran, sich ausgewogen zu ernähren? Welche Erwartungen haben sie an Lebensmittel und deren Herstellung? Welche Interessen hat die Nahrungsmittelindustrie?

Diese und weitere Fragen wurden auf der Veranstaltung „Wir können mehr als Currywurst – Gesunde Ernährung für Alle“ am 1. Juli 2015 mit mehr als 200 Gästen diskutiert. Die zentralen Ergebnisse sind in dieser Dokumentation nachzulesen.

Unser Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu einer ausgewogenen Ernährung zu erleichtern, ohne sie zu bevormunden. Die Diskussion hat uns dafür wichtige Impulse geliefert. Bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern bedanke ich mich sehr herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which reads "Thomas Oppermann". The signature is written in a cursive style.

THOMAS OPPERMAN, MDB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Grußwort

Christine Lambrecht, MdB Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion



„Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen“, sagt ein altes deutsches Sprichwort. Eine ausgewogene Ernährungsweise ist die Basis für ein gesundes Leben. Befragt man Verbraucherinnen und Verbraucher, so geben die meisten an, dass sie viel Wert auf gutes Essen legen. Dennoch scheint das in der Realität nicht so leicht umzusetzen zu sein. Warum ist das so? Was steht einer gesunden Ernährungsweise im Alltag entgegen? Das ist eine der zentralen Fragen.

Auf unserer Fraktionsklausur Anfang dieses Jahres am 8. Januar 2015 präsentierte uns Frau Köcher vom Allensbach-Institut das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage: Auf einer Liste der nach persönlichem Nutzenkalkül der Befragten ausgewählten 10 wichtigsten Themen stand auf Platz 1: „für gesunde und sichere Lebensmittel sorgen“.

Das haben wir aufgenommen. Zum Beispiel in unserem „Projekt Zukunft: neue Gerechtigkeit“. Unter dieser Überschrift hat die SPD-Bundestagsfraktion gerade sechs Projektgruppen neu installiert, die sich mit den wichtigsten politischen Fragen beschäftigen werden. Eine davon, die Projektgruppe „neue Lebensqualität“ wird einen Fokus auf gesunde, qualitätsvolle, bezahlbare Ernährung und die Bedingungen ihrer Erzeugung richten. Vor allem aber beschäftigt sich unsere Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft intensiv mit der Thematik.

Im Namen der SPD-Bundestagsfraktion hat die AG Ernährung und Landwirtschaft Sie eingeladen um mit Ihnen zu diskutieren über Fragen der Lebensmittelerzeugung, Kennzeichnung, Lebensmittelsicherheit, Markttransparenz, der Bedingungen der Produktion und der Erwartungen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Was muss anders werden, damit es für uns alle leichter wird, sich gut, gesund und nachhaltig zu ernähren?

„Mittel zum Leben“

Unsere Lebensmittel, unsere „Mittel zum Leben“ sind die Bausteine für eine gesunde Ernährung. Daran knüpfen sich viele für uns Sozialdemokraten besonders wichtige Fragen, denn sich ausgewogen und gesund zu ernähren muss für ALLE Menschen möglich sein. Das ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit, denn das ist die Grundlage für ein gesundes Leben. Insbesondere bei Kindern beeinflusst die Ernährung die Startchancen ins Leben. Das hat Auswirkungen auf ihre Gesundheit, möglicherweise aber auch auf ihre Bildung. So gibt es Untersuchungen, die zeigen, dass Kinder, die nicht gefrühstückt haben, sich in der Schule weniger konzentrieren können und schlechtere Noten bekommen. Das kann einen Teufelskreis eröffnen mit schlechteren Schulabschlüssen und einer schwächeren Ausbildung, mit der man dann später nur weniger gute und schlechter bezahlte Jobs bekommt.

Deshalb wird eine der zentralen Fragen sein, wie wir möglichst früh, d.h. schon für Kinder den Zugang zu einer gesunden Ernährung erleichtern können.

Unser Antrag „Gesunde Ernährung stärken“(18/3726)

Wir haben gerade im Juni (11.6.15) einen gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebrachten Antrag „Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen“ im Bundestag verabschiedet. Er enthält Maßnahmen wie z.B. die Einführung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für das Essen an Schulen und Kindertagesstätten. Das müssen wir gemeinsam mit den Ländern angehen. Es soll ein

Leitbild für eine gesunde, nachhaltig erzeugte und vielfältige KiTa- und Schulverpflegung erarbeitet werden. Gesundes, ausgewogenes Essen für Kinder darf aber nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb müssen wir Wege finden, die ALLEN Kindern die Teilhabe ermöglichen.

Unser Ziel: Es muss für alle einfacher werden, sich gesund zu ernähren. Dabei muss auch die Lebensmittelwirtschaft mitmachen: Zusammen mit ihr sollen in einer „nationale Reduktionsstrategie“ gesündere Rezepturen mit weniger Salz, Zucker und Fett für Fertigprodukte entwickelt werden. In den letzten Jahrzehnten haben wir uns (oder wurden wir?) daran gewöhnt, dass Salz und Zucker in Lebensmitteln enthalten ist, von denen man das nie erwarten würde, und Süßes immer süßer, salziges immer salziger und viele verarbeiteten Produkte immer fettiger geworden sind. Es ist Zeit, diese Entwicklung wieder umzudrehen. In anderen Ländern funktioniert das schon.

Verhalten und Verhältnisse

Natürlich tragen Sie und wir alle selbst die Verantwortung dafür, wie wir uns ernähren. Wir wollen niemanden bevormunden und niemandem vorschreiben wie er oder sie sich zu ernähren hat. Was Sie essen, geht uns nichts an. Aber bekommen Sie, wenn Sie essen – oder trinken, auch immer das, was Sie wollen? Wir sind der Überzeugung, dass neben dem Verhalten auch die Verhältnisse eine große Rolle spielen. Die Verhältnisse entlang der gesamten Wertschöpfungskette: Von den Bedingungen der landwirtschaftlichen Erzeugung über die Lebensmittelindustrie und Wettbewerbssituation im Lebensmittelhandel bis hin zum Alltag der Verbraucher in Kantinen, Restaurants oder vor dem Supermarktregal. Hier bietet der Markt nicht immer die idealen Voraussetzungen für eine gesunde Ernährungsweise. Und die Transparenz lässt häufig zu wünschen übrig. Das macht es schwer für Verbraucherinnen und Verbraucher, wirklich selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen.

Beispiele:

Wenn die Kalbsfleisch-Leberwurst zum größten Teil aus Schweinefleisch besteht, oder wenn das „natürliche Aroma“ im Fruchtojoghurt aus Schimmelpilzen stammt. Deshalb wollen wir eine Reform des Lebensmittelbuchs, damit auf den Produkten endlich drauf steht, was drin ist, und drin ist, was drauf steht.

Oder Nährwertangaben, die nur für Leute mit einem Ernährungswissenschaftsstudium zu entschlüsseln sind: Wenn wir z.B. beim Lebensmitteleinkauf nicht auf den ersten Blick vergleichen können, welches Produkt einen niedrigeren Zuckergehalt hat oder weniger Fett enthält. Denn wir haben ja leider keine Nährwertampel-Kennzeichnung – für die sich die SPD immer eingesetzt hat. Oder wenn die vom Caterer als „besonders frisch, schmackhaft und gesund“ beworbenen Mahlzeiten in Schulen, Kantinen und Seniorenheimen sich als geschmackloser Brei aus überfälligen Lebensmitteln entpuppt – wie vor kurzem in einer Recherche von Günter Wallraff in Großküchen zu sehen war. Weil sich das Unternehmen nicht an Recht und Ordnung hielt, unsachgemäß und in unverantwortbarer Weise mit Lebensmitteln umging, nur um Geld einzusparen.

Ansprüche der Verbraucher an Erzeugung und Transparenz

„Wurst ist eine Götterspeise, denn nur Gott weiß, was drin ist“ hieß es schon bei Jean Paul. Das darf nicht sein. Wir wollen Transparenz. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen nicht nur wissen, was drin ist, sie sollen auch wissen, wo die Wurst herkommt und wie sie hergestellt wurde. Denn immer mehr Menschen interessieren sich dafür, wie die Lebensmittel erzeugt werden. Die Ansprüche wachsen, viele wollen Produkte, die umweltfreundlich, regional, in artgerechter Tierhaltung, ohne Gentechnik und unter fairen Arbeitsbedingungen erzeugt wurden. Wir sagen: Damit Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt entscheiden können, brauchen sie klare und verlässliche Informationen über Inhalt, Herkunft und Produktionsweise von Lebensmitteln.

Currywurst

Im Zeichen der Currywurst diskutieren heute mit Ihnen über Ernährung. Die Currywurst steht sicher nicht auf Platz Eins der gesunden Menüs. Aber für viele von uns muss es ab und zu eine Currywurst sein. Und das ist auch in Ordnung, solange man sich ansonsten ausgewogen ernährt. Sie sollte natürlich nachhaltig erzeugt sein, aus gutem Fleisch von artgerecht gehaltenen Tieren stammen, die ohne Gentechnik gefüttert wurden. Und sie sollte LECKER sein. Unser Altkanzler Gerhard Schröder liebt die Currywurst. „Currywurst ist SPD“ hieß es 2012 im NRW-Wahlkampf. Die Currywurst steht für Bodenständigkeit, Bürgernähe und Weltoffenheit. Deshalb bleiben wir der Currywurst treu.

Aber wir können nicht nur Currywurst, wir können mehr.

.....

Das Verbraucherbild der Bundesregierung

Ulrich Kelber, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
der Justiz und für Verbraucherschutz



Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, das Verbraucherbild der Bundesregierung erläutern zu können. „Wir können mehr als Currywurst“ – dieses Motto verstehe ich nicht als generelle Absage an das gerade hier in Berlin von vielen sehr geschätzte Gericht. Ich verstehe es auch nicht als Aufruf zu Verboten. Ich verstehe das Motto dieser Konferenz als Appell zu bewusstem, ausgewogenem und nachhaltigem Konsum.

Wichtig ist: Bewusster Konsum und gesunde Lebensweise dürfen nicht von der Größe des Geldbeutels abhängen oder ein abgeschlossenes Studium als Voraussetzung haben.

Richtig ist aber auch: Bildung, Gewohnheiten und auch die soziale Situation der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wir berücksichtigen, wenn wir darüber nachdenken, wie wir Interesse am nachhaltigen Konsum wecken können.

Wir kennen es selbst: Viele von uns sind in Ernährungsfragen oder anderen alltäglichen Konsumententscheidungen hin und hergerissen zwischen „eigentlich sollte ich“ oder „es wäre gesund für mich“ auf der einen Seite und „ich habe gerade keine Zeit“ oder „ich habe es immer so gemacht“ auf der anderen Seite.

Gerade als Verbraucherpolitiker stelle ich mir folgende Leitfragen:

- Wer sind die Adressaten möglicher Maßnahmen?
- Welche Bedürfnisse haben sie?
- Wie verhalten sie sich?

Damit sind wir mitten im Thema, unserem Verbraucherbild.

Als für Verbraucherschutz zuständiges Ministerium ist die Frage nach dem geeigneten Verbraucherbild für uns eine zentrale Aufgabe, auch wenn das Thema „gesunde Ernährung“ im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ressortiert. Denn hier ist nicht nur die Ernährung, hier ist der gesamte Konsum betroffen. Für uns ist klar: Die Verbraucherpolitik wird nur dann wirksam sein, wenn sie beim realen Verhalten der Menschen ansetzt. Idealvorstellungen darüber, wie Verbraucher sein sollten, helfen uns nicht weiter. Dies war ein jahrelang gepflegter Irrweg, hinter dem frühere Regierungen auch verbraucherpolitische Untätigkeit versteckten. Es ist eine Binsenweisheit: Verbraucherinnen und Verbraucher bilden keine homogene Gruppe. Sie teilen manche Ansprüche und Bedürfnisse, aber dennoch hat z. B. eine Familie mit kleinen Kindern ganz andere Bedürfnisse als eine Familie,

deren Kinder gerade das Haus verlassen haben. Auch persönliche Lebenseinstellung, auf Konsumverhalten, auf individuellen Einstellungen zum Essen und zur Lebensführung überhaupt unterscheiden Verbraucher. Diese Überzeugungen, Verhaltensweisen und Vorlieben als Verbraucher werden durch wirtschaftliche, soziale, zeitliche und örtliche Aspekte bestimmt – auch durch persönliche Beziehungen, Gewohnheiten oder Lebenserfahrung.

Dazu gehören u. a.:

- Bildungsstand und Einkommensverhältnisse,
- Zugehörigkeit zu Altersgruppen, sozialen, religiösen oder kulturellen Milieus,
- erlernte Verhaltensweisen oder eingeschlifene Gewohnheiten und nicht zuletzt
- individuelle Lebenserfahrungen.

Und häufig werden Konsumententscheidungen spontan getroffen, liegen nicht nur rationale, sondern auch emotionale Motive zu Grunde. Daher tun wir als Verbraucherpolitiker gut daran, genau hinzuschauen, wie sich Verbraucher in Informations- und Entscheidungssituationen tatsächlich verhalten. Wir stützen uns dabei auf aktuelle Analysen und Erkenntnisse aus der Verbraucherforschung und die Erfahrungen aus der Praxis. Die dafür notwendigen Instrumente haben wir im BMJV geschaffen und gestärkt: Sachverständigenrat für Verbraucherfragen und Netzwerk Verbraucherforschung. Um zu verdeutlichen, wie das differenzierte Verbraucherbild modellhaft aufgezeigt werden kann, greife ich auf das Bild von drei grundsätzlichen Verbrauchertypen zurück, das uns Verbraucherwissenschaftler vor wenigen Jahren geliefert haben.

1. „Vertrauende Verbraucher“: Diese wollen oder können für eine Konsumententscheidung keinen übermäßigen Aufwand betreiben.

Das kann durchaus auch eine rationale Entscheidung sein, denn der Erwerb von Wissen über die angebotenen Produkte und Dienstleistungen beansprucht Zeit. Nichtsdestoweniger bauen vertrauende Verbraucher nicht nur auf Erfahrungswerte und Tipps, sondern mit Recht darauf, dass sie durch Gesetz vor gesundheitlichen Gefahren und unverschuldeten materiellen Schäden geschützt sind.

2. „Verletzliche“ oder auch „besonders schutzbedürftige“ Verbraucher. Beispiele finden wir

- in Haushalten in prekärer materieller Situation,
- bei älteren oder kranken Menschen – insbesondere auch in ländlichen Räumen, aus denen sich Dienstleistungsangebote zurückziehen,
- bei Personen mit mangelhaften Sprachkenntnissen oder geringerer Bildung.
- Auch funktionaler Analphabetismus ist ein großes Problem: ca. 7,5 Millionen Menschen in Deutschland sind nicht in der Lage, einen einfachen Brief zu verstehen. 25 % lesen und schreiben selbst gebräuchliche Wörter nur langsam oder falsch. Diese Menschen meiden das Lesen meistens.
- Bei Wissenssymmetrie zwischen Anbieter und Kunde.

3. „Verantwortungsvolle Verbraucher“: Diese möchten mit ihren Konsumententscheidungen Verantwortung übernehmen für sich selbst, für andere oder für die Umwelt.

Sie interessieren sich für die ethische, soziale oder ökologische Komponente der Herstellung und weigern sich beispielsweise, Produktionsmethoden wie Kinderarbeit oder Raubbau an Natur und

Klima hinzunehmen. Umfragen zeigen: Es gibt immer mehr verantwortungsvolle Verbraucher. Das ist eine erfreuliche Entwicklung.

Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es sich um Typisierungen handelt, welche die grundsätzlichen Unterschiede bei Konsumententscheidungen plastisch darstellen. Wenn wir unser tägliches Handeln überdenken, stellen wir fest, dass es Überschneidungen gibt – diese vielleicht sogar der Regelfall sind: In der Hektik des Alltags geraten wir abends im Supermarkt oft in die Rolle des vertrauenden Verbrauchers.

Wer fühlt sich nicht zuweilen als verletzlicher oder schutzbedürftiger Verbraucher, wenn Entscheidungen von großer Tragweite zu treffen sind, wie z. B. bei Finanzanlagen. Dennoch spielen immer wieder und immer stärker auch übergeordnete Aspekte beim Konsumieren eine Rolle (Beispiele: Öko-Strom, Elektroauto)

Unser Ziel ist eine Verbraucherpolitik, die alle Verbrauchergruppen erreicht. Eine wichtige Voraussetzung konnten wir schaffen, indem wir im Koalitionsvertrag ein differenziertes Verbraucherbild als Grundlage verbraucherpolitischer Handlung vereinbart haben.

Das heißt:

- Der Staat bietet Schutz und Vorsorge, wo Verbraucher sich nicht selbst schützen können oder überfordert sind.
- Wir gestalten den Rechtsrahmen für selbstbestimmte Verbraucherentscheidungen.
- In klaren, verständlichen und bedarfsgerechten Verbraucherinformationen sehen wir die Voraussetzung für die Souveränität der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Verbraucherpolitik stärkt auf diese Weise die Handlungsmöglichkeiten der Verbraucher. Wir schaffen damit auch Freiraum für bewussten Konsum. Damit bleiben wir unserem Freiheitsbegriff treu: Nicht nur Freiheit von etwas gewährleisten, sondern auch Freiheit für etwas ermöglichen.

Um sinnvolle und passgenaue verbraucherpolitische Lösungen zu finden, benötigen wir Antworten auf wichtige Fragen, z. B.:

- Wie verhalten sich Verbraucher bei Konsumententscheidungen?
- Wie ist die Situation der Verbraucher auf verschiedenen Märkten?
- Wie nehmen Verbraucher Informationen zu Produkten und Dienstleistungen auf und wie verarbeiten sie diese?
- Wie sollten Informationen gestaltet sein, um Verbraucherbedürfnissen zu entsprechen?
- Mit welchen Politikinstrumenten können die gewünschten Ziele am besten erreicht werden?

Was machen wir mit diesen Erkenntnissen?

Im Einzelnen ist zu prüfen, ob zur Lösung der Probleme staatliche Eingriffe (Regulierung) erforderlich sind oder ob andere Möglichkeiten (Projektförderung, Selbstverpflichtungen) zur Verfügung stehen. Der Staat soll und kann nicht das Konsumverhalten oder die Ernährungsgewohnheiten der Menschen regulieren. Denn wir stehen nicht für Bevormundung, sehen aber eine wichtige Aufgabe darin, infor-

mierend, unterstützend und – wo es notwendig ist – helfend einzugreifen. Durch Rechtsetzung sorgen wir dafür, Gesundheit und berechnete wirtschaftliche Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen. Ob weitere Instrumente, wie beispielsweise das sog. Nudging (Anmerkung der Redaktion: Mit einem „Stubs“ – engl. Nudge – in die richtige Richtung, z.B. durch verbraucherfreundliche Voreinstellungen, sollen Verbrauchern kluge Entscheidungen erleichtert werden), an der einen oder anderen Stelle, sinnvoll eingesetzt werden können, prüfen wir im Einzelfall. Schaffen Transparenz darüber. Gute Verbraucherinformationen sind besonders wichtig: Sie dienen als Grundlage für selbstbestimmtes und verantwortliches Agieren auf den Märkten. Fehlen Informationen, wird der Preis zum Haupt- oder einzigen Entscheidungskriterium. (Durch „Geiz ist geil“ ist dieses Verhalten teilweise auch bewusst bedient worden.) oder Image. Außerdem: Wenn 25% der Menschen nicht gut genug lesen können, ist klar, dass wir nicht nur auf kleingedruckte Informationen setzen dürfen, sondern uns intelligente Möglichkeiten überlegen müssen, wie wir die Menschen wirklich erreichen.

Für zusätzliche Erkenntnisse zur Lage der Verbraucher in den verschiedenen Markt Bereichen haben wir neue Strukturen geschaffen.

- Die Marktwächter übernehmen eine Sensorfunktion, indem sie Märkte beobachten und analysieren.
- Die BaFin als Aufsichtsbehörde wird verbraucherschutzrelevante Missstände feststellen.
- Sachverständigenrat und Netzwerk Verbraucherforschung: habe ich bereits angesprochen.
- Erfahrungen der Verbraucherzentralen sowie des BMJV selbst – also Verbraucherbeschwerden, Petitionen oder Bürgerbriefe – kommen hinzu.

Im vergangenen Jahr, dem „Aufbaujahr“ haben wir die notwendige organisatorische und konzeptionelle Arbeit geleistet, um Projekte wie die Marktwächter oder den Sachverständigenrat an den Start zu bringen. In 2015 werden die neuen Strukturen nun wirksam. Um noch einmal auf das Veranstaltungsmotto zurückzukommen: Ich finde es gut, dass da steht „Wir können mehr als Currywurst“. Ziel unserer Politik ist es, selbstbestimmtes Verbraucherhandeln zu ermöglichen. Zur Selbstbestimmung gehört auch die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Currywurst zu essen, wenn ich Lust darauf habe. Es in Zukunft seltener zu machen. Und mehr Verantwortung zu übernehmen.

Grußwort

Ute Vogt, MdB
Elvira Drobinski-Weiß, MdB



Ute Vogt
Stellvertretende Vorsitzende
der SPD-Bundestagsfraktion



Elvira Drobinski-Weiß
Verbraucherpol. Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,

laut Umfragen legen Verbraucherinnen und Verbraucher viel Wert auf eine gesunde Ernährung mit sicheren und guten Lebensmitteln. Doch im Alltag ist dies nicht immer und nicht für Alle leicht umzusetzen. Auf unserer Konferenz „Wir können mehr als Currywurst“ ist die SPD-Bundestagsfraktion am 1. Juli 2015 gemeinsam mit Expertinnen, Experten und 200 interessierten Gästen der Frage nachgegangen, was Menschen daran hindert, sich gesund und ausgewogen zu ernähren. Welche Rolle spielen Einstellung und Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher, welche die Verhältnisse am Markt?

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist Transparenz ein wichtiges Mittel um die Lebensmittelsicherheit und –qualität zu verbessern. Damit Verbraucherinnen und Verbraucher selbstbestimmt entscheiden können, brauchen sie klare und verlässliche Informationen über Inhalt, Herkunft und Produktionsweise von Lebensmitteln. Denn für immer mehr Menschen wird die Art der Lebensmittelerzeugung wichtig: Die Produkte sollen umweltfreundlich, regional, in artgerechter Tierhaltung, ohne Gentechnik und unter fairen Arbeitsbedingungen erzeugt werden. In drei Foren haben wir uns mit den wichtigsten Fragen entlang der Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Teller befasst: Wo können wir ansetzen, um möglichst früh, d.h. schon bei Kindern, eine gesunde Ernährung auch als Maßnahme sozialer Gerechtigkeit zu unterstützen? Wie stärken wir Lebensmittelsicherheit und Markttransparenz und beugen Lebensmittelskandalen vor? Welche Ansprüche haben Verbraucherinnen und Verbraucher an die Lebensmittelerzeugung, und wie können wir diesen gerecht werden?

Unser Ziel ist es, den Zugang zu einer ausgewogenen Ernährung für alle Menschen zu erleichtern, ohne sie zu bevormunden. Wir haben in der Diskussion mit den Referenten und vielen Interessierten wichtige Impulse bekommen, um diesem Ziel näher zu kommen. Eine Zusammenfassung finden Sie auf den folgenden Seiten – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Für ihre Anregungen bedanken wir uns herzlich bei allen Beteiligten! Sie werden in unsere weitere Arbeit einfließen.

Ihre

Ute Vogt, MdB

Elvira Drobinski-Weiß, MdB

Zusammenfassung

Forum 1: Gesunde Ernährung für alle – ein Gebot sozialer Gerechtigkeit



Podium (von links nach rechts): **Uta Nehls**, stellv. Vorstandsvorsitzende der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern; **Jeannine Pflugradt, MdB** (Moderation); **Prof. Dr. med. Hans Konrad Biesalski**, Universität Hohenheim; **Sabine Schulz-Greve**, Vernetzungsstelle Schulverpflegung; **Ursula Schulte, MdB** (Zusammenfassung)

Prof. Dr. med. Hans Konrad Biesalski stellte die Frage: gesundes Essen – was ist das eigentlich? Lebensmittel müssten verfügbar, nahrhaft, und sozial, physisch und ökonomisch für alle zugänglich sein.

Besondere Risikogruppen seien v. a. Kinder, Schwangere und Senioren. Im Fokus müsse die Ernährung von Kindern in den ersten beiden Lebensjahren stehen (im sog. 1000-Tage-Fenster), denn falsche Ernährung in dieser Zeit habe massive und evtl. lebenslange Auswirkungen auf die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder.

Gesunde, d.h. nährstoffreiche Lebensmittel seien aber deutlich teurer als solche mit viel Fett und Energie. Der ALG-Regelsatz reiche hier nicht aus. So ernährten sich Menschen mit wenig Geld qualitativ schlechter, und dies habe nicht nur mit dem Bildungsstand zu tun. Schlechte Ernährung führe bei Kindern z.B.

- zu „Stunting“, d.h. die Kinder sind kleiner als ihre Altersgenossen;
- zu Störungen bei der kognitiven Entwicklung. Die Kinder leiden 15x häufiger unter Sprachentwicklungsstörungen;
- zu Langzeitauswirkungen wie Diabetes, Bluthochdruck usw.

Sabine Schulz-Greve erklärte, es gebe einen Zusammenhang zwischen Übergewicht und Einkommen. Allerdings werde dazu mehr Datenmaterial gebraucht. Bildung sei ein Zugang zu guter Ernährung. Doch DIE Formel für Gesundheit gebe es nicht. Die KiTa- und Schulverpflegung sei „gelebte Ernährungsbildung“.

Als positives Beispiel nannte sie Bremen, dort habe man im Koalitionsvertrag die DGE-Standards verpflichtend für Schulernährung festgeschrieben.

Die Arbeit der Schulnetzungsstellen beschrieb sie als „großen Berg“, dort gebe es noch viel zu tun. Ein gezieltes Vorgehen auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen sei notwendig.

Uta Nehls sah vor allem Handlungsbedarf bei einer gesundheitsfördernden Ernährungsaufklärung und der Kennzeichnung von Lebensmitteln. Hier müsse Transparenz das Kernziel sein. Was drin ist muss drauf stehen, und was drauf steht muss drin sein.

Es gehe um Fragen der Verhältnisse auf dem Markt: Wo liegen die Probleme der Verbraucher sich auf dem Lebensmittelmarkt zurechtzufinden?

Es gehe aber auch um persönliche Fragen, z.B. wer bestimmt, was gegessen wird? Wo wird eingekauft? Was ist mir wichtig (z.B. Frische, Herkunft, Preis)? Verbraucher kauften emotional ein, und so hänge auch Ernährung stark von Emotionen ab, denn diese würden von den Anbietern werbetechnisch genutzt. Z.B. werde mit „glutenfrei“ gleichzeitig Angst vor Gluten geschürt und ein Produkt als besonders gesund verkauft.

Nehls sprach sich für ein Verbot von an Kinder gerichteter Werbung aus. Die freiwillige Selbstverpflichtung einiger Unternehmen habe überhaupt nichts genützt.

Insgesamt seien die Ansatzpunkte sowohl bei der Änderung des persönlichen Verhaltens als auch bei der Änderung der Verhältnisse, z.B. an Schulen, Kantinen und auf dem Lebensmittelmarkt.

In der anschließenden Diskussion unter Beteiligung des Publikums wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung von Kindern in den ersten zwei Lebensjahren in einkommensarmen Familien. (Beispiel Großbritannien: Dort gibt es Ernährungsberatung für Schwangere und Mütter, sowie Gutscheine für gesunde Lebensmittel.)
- Ungesunde Lebensmittel teuer machen und gesundes billiger.
- An Kinder gerichtete Werbung für ungesunde Lebensmittel verbieten.
- Verpflichtend DGE-Standards für Kita- und Schulverpflegung einführen und Kinder an der Zubereitung der Mahlzeiten dort beteiligen.
- Datenerhebung zu Verbreitung und Ursachen von Übergewicht muss verbessert werden, damit Handlungsbedarf und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden können. (So weiß man z.B. bisher zu wenig darüber, wie Kinder in armen Familien ernährt werden.)
- Gezielte Forschungsausschreibungen für valide Daten
- Implementierung ernährungswissenschaftlicher Themen z.B. in der medizinischen Ausbildung
- Verbesserung der Ernährungsbildung (Basis zur Änderung des Verhaltens)
- Verbesserung der Verhältnisse (z.B. materiell, Transparenz, Angebot)
- Vernetzung aller Akteure auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen und besseres Zusammenspiel zwischen Bund und Ländern.

Zusammenfassung

Forum 2: Lebensmittelskandalen vorbeugen: Überwachung stärken, Transparenz verbessern



Podium (von links nach rechts): **Dr. Karin Thissen, MdB** (Zusammenfassung); **Dr. Lutz Zengerling**, Abteilungsleiter Veterinäraufsicht im Bezirksamt Pankow; **Jochen Hartloff, MdL**, Staatsminister a.D., Beiratsvorsitzender Verbraucherforum Parteivorstand; **Michaela Rosenberger**, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten NGG; **Elvira Drobinski-Weiß, MdB** (Moderation)

Jochen Hartloff stellte einleitend fest, dass Lebensmittelskandale unvermeidlich seien. Als Begründung nannte er den enormen Preisdruck, der in der Branche herrsche, sowie die Kumpanei, die bisweilen zwischen Aufsichtsbehörden und Wirtschaft gepflegt würde. Um vor allem letzteren angemessen begegnen zu können, müsse die Lebensmittelüberwachung interdisziplinär organisiert werden und die Risikoanalyse auf mehreren Ebenen erfolgen.

Zur Aufbereitung und öffentlichen Darstellung von Kontrollergebnissen forderte Hartloff ein einfaches System für Verwaltung und Verbraucher gleichermaßen, keine bürokratische Überfrachtung. Alleiniges Ziel sei die Qualitätsverbesserung.

Dr. Lutz Zengerling berichtete von der „Pankower Negativliste“, die er vor Jahren in seinem Bezirk eingeführt hatte. Den überprüften Betrieben war ein Zertifikat bzw. eine Liste mit den Mängeln und entsprechenden Fotos ausgestellt worden; diese Information war öffentlich zugänglich. Durch einen Gerichtsbeschluss musste dieses Projekt beendet werden. Dr. Zengerling räumte ein, dass die Liste sehr arbeitsintensiv gewesen sei: Das Gros der Informationen würde zwar immer erhoben, aber die Aufbereitung zur öffentlichen Darstellung, insbesondere mit Fotos, hätte einen hohen Zeitaufwand bedeutet. Außerdem konnten nicht alle Betriebe erfasst werden. Dennoch sei das Feedback der Verbraucherinnen und Verbraucher sehr positiv gewesen. Man habe das System überarbeitet und ein „Smiley-System“ daraus gemacht. Auf Basis eines Punktesystems, das ohnehin bei der Kontrolle eingesetzt wurde, ist eine einfache Bewertung mit Ampelfarben und Smiley abgeleitet worden. Die Liste mit diesen Informationen ist ebenfalls im Internet veröffentlicht worden. Allerdings sei auch das Smiley-System inzwischen gerichtlich gestoppt worden. Dr. Zengerling forderte eine Klarstellung im Verbraucherinformationsgesetz, um die Wiederaufnahme der Veröffentlichungen zu ermöglichen. Er sprach sich gegen vorgezogene Routinekontrollen gegen Aufpreis aus, da diese die Ergebnisse

verzerren und finanziell gutgestellte Betriebe bevorzugen würden. Jochen Hartloff warf ein, dass auch dies nicht kostendeckend sei.

Dr. Zengerling kritisierte ferner, dass die bestehende Gesetzeslage noch einige „Gummiparagrafen“ enthalte. Auch die Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz vom 29. April 2004 bedürfe der Überarbeitung, z. B. im Hinblick auf Bestimmungen zum Personal. In jedem Fall gelte zu verhindern, dass gesetzeskonform arbeitende Betriebe höhere Kosten zu schultern hätten, z. B. für die nötige Ausstattung oder Schulungen der Belegschaft, während nachlässig arbeitende Betriebe, die diesen Kosten ausweichen, Wettbewerbsvorteile durch niedrigere Preise hätten. Die Veröffentlichung der erfassten Missstände sei äußerst effektiv gewesen. Negativ bewertete Betriebe müssen nach aktueller Gesetzeslage nur Bußgelder bezahlen, was sie üblicherweise bereitwillig täten. Dieser Weg führe daher selten zu einer echten Verbesserung der reklamierten Situation. Im Rahmen des Projekts „Smiley-System“ dagegen seien die Betriebe mehrheitlich mit befriedigend oder besser bewertet worden und hätten Ambitionen entwickelt, ihre Ergebnisse weiter zu verbessern. „Schwarze Schafe“ würden ebenfalls leichter vom Markt gedrängt.

Dr. Zengerling stimmte Jochen Hartloff insoweit zu, dass die Veterinärverwaltung zentral geführt werden sollte, nicht föderal. Bei dem jetzigen System entstünden oft Interessenkonflikte, etwa strikte Kontrollen vs. Steuereinnahmen und Arbeitsplätze.

Im Hinblick auf so genannte Whistleblower bedauerte Dr. Zengerling, dass es rechtlich nicht vorgesehen sei, anonymen Eingaben nachzugehen. Dabei hätte auch die Verfolgung anonymer Hinweise Vorteile: Würden tatsächlich Mängel im Betrieb festgestellt, könne auf deren Behebung gedrungen werden. Würde sich der anonyme Hinweis als falsch herausstellen, könne dies richtiggestellt werden. Doch ohne ausreichenden Schutz könnten kaum Zeugen gewonnen werden.

Dr. Karin Thissen wies in diesem Kontext auf die Bestimmungen des Arbeitsrechts hin, die hohe Anforderungen an die „Loyalität“ des Arbeitnehmers stellten. Sich an Stellen außerhalb des eigenen Betriebs zu wenden, um etwa auf Hygienemissstände hinzuweisen, könne schnell zum Arbeitsplatzverlust führen. Hier müsse nachgebessert werden. Jochen Hartloff warf die Idee einer Ombudsstelle auf.

Michaela Rosenberger ging ebenfalls auf die Situation der Whistleblower ein und forderte mehr Schutz für diejenigen, die auf Missstände in den eigenen Betrieben hinwiesen. Sie führte dazu ein Beispiel einer Brotfabrik in Bayern an, bei denen die Behörden erst so spät von Hygienemissständen erfuhr, dass der Betrieb nur noch geschlossen werden konnte – auf Kosten vieler Arbeitsplätze in der Region. Ein gutes Whistleblower-Gesetz würde neben dem Schutz von Informanten auch Arbeitgeber motivieren, Missstände zu minimieren – und das nicht nur in der Lebensmittel produzierenden Industrie.

Darüber hinaus forderte sie Sachkundenachweise für Gastronomen; Dr. Zengerling stimmte zu.

.....

Zusammenfassung

Forum 3: Nachhaltige Landwirtschaft und bezahlbare Lebensmittel – ein Widerspruch?



Podium (von links nach rechts): **Dr. Ludger Breloh**, Bereichsleiter „Grüne Produkte“ der REWE-Gruppe
Rita Hagl-Kehl, MdB (Zusammenfassung); **Heiner Sindel**, Vorsitzender des Bundesverbandes der Regionalbewegung;
Dr. Jenny Teufel, Öko-Institut; **Johann Saathoff, MdB** (Moderation)

Dr. Jenny Teufel erklärte, dass kleinere, regionale Strukturen erhalten werden müssten. Regionale und gesunde Ernährung koste 7 Euro monatlich mehr, wenn bewusster bzw. weniger gekauft und weg-
geworfen werde.

In den Preisen konventioneller Produkte seien die wirklichen Kosten, d.h. die Folgen nicht nachhaltiger Erzeugung nicht abgebildet. Dies seien Gesundheitsschäden durch schlechte Ernährung und durch negative Produktionsbedingungen wie Pestizideinsatz. Nötig sei eine branchen- und stufenübergreifende Unternehmensverantwortung. Transportkosten und die Ökobilanz langer Wege müssten stärker berücksichtigt werden.

Nachhaltige Landwirtschaft und bezahlbare Lebensmittelproduktion stehen in keinem Widerspruch. Wenn man im Supermarkt die Preise von den nachhaltigen, ökologisch hergestellten Produkten mit diesen von den konventionellen Produkten vergleiche, sehe man sofort einen Unterschied. Das Endprodukt sei im Geschäft teurer. Allerdings werden dabei zwei Aspekte verdrängt.

Der erste Aspekt seien die externen Kosten. Die Lebensmittelpreise entsprächen nicht den realen Kosten unserer Lebensmittelproduktion. Die Folgekosten seien nicht internalisiert. Ein Beispiel dafür sei die Nitratbelastung des Grund- und Oberflächengewässers durch die intensive Tierhaltung. Im Endeffekt entstünden dadurch in der konventionellen Produktion mehr Kosten, um das Wasser wieder trinkbar zu machen, als für den Kauf nachhaltig hergestellter Produkte.

Diese Folgekosten müssen alle als Gesellschaft tragen. Diese sog. externen Kosten lassen sich nicht einfach quantifizieren, da sie schwer erkennbar seien. Würden diese Kosten in den Preis einbezogen werden, würden konventionelle Produkte teurer, und die nachhaltig produzierten Lebensmittel hätten bessere Marktchancen.

Der zweite Aspekt sei der Ernährungsstil – „Können wir diesen eigentlich bezahlen?“ Der Ernährungsstil von vielen Industrienationen sei mit Kosten für Umwelt und soziale Kosten verbunden, die wiederum von der Gesellschaft selbst zu tragen seien. Eine Veränderung unseres Ernährungsstils könnte dazu beitragen, durch eine nachhaltige Produktionsweise solche Kosten aufzufangen.

Heiner Sindel betonte, dass Verbraucherschutz und Regionalität zusammen gehören, genau wie regional und bio. Die Verkehrsströme, die derzeit für den Lebensmitteltransport produziert werden, verursachen auch Kosten und schaden vor allem dem Klima. Es sei wichtig regionale Produkte zu kaufen, auch wegen der Transparenz bzw. der „gläsernen Kette“. Ein nächster wichtiger Punkt, auf den Herr Sindel eingegangen ist, betrifft die kleinen und mittleren Betriebe. Wenn über Verbraucherschutz gesprochen werde, solle darauf aufgepasst werden, dass diese Betriebe die Verbraucherschutzmaßnahmen in der Realität auch erfüllen können. Es gäbe viele Betriebe, die genau aus diesem Grund ihre Tätigkeit aufgeben.

Regionale Produkte seien wichtig und die kleinen und mittleren Betriebe müssen unterstützt werden. Dabei gehe es auch um den Aspekt „Gerechtigkeit“. Bezahlbarkeit bedeute nicht Billigpreise für Lebensmittel sondern hänge auch davon ab, ob zu gerechten Preisen und bedarfsgerecht, also nicht zu viel bzw. über Bedarf eingekauft werde.

Widerspruch zwischen Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit besteht nur, wenn man den Anspruch habe, aus aller Welt möglichst viele Lebensmittel zu Billigpreisen zu bekommen.

Dr. Ludger Breloh sah ebenfalls in der heutigen Nahrungsmittelproduktion bestimmte externe Kosten nicht im Preis abgebildet. Diese Kosten müssen aber natürlich an einer anderen Stelle (z.B. in der Form von Steuern) von der Gesellschaft getragen werden. Die im Preis des Fertigproduktes zu internalisieren sei sehr schwer. Wenn man aber so eine Lösung finden würde, würden die nachhaltig hergestellten Produkte nicht teurer als konventionelle Lebensmittel sein.

Die Nachhaltigkeitsdiskussion werde und könne von den Verbrauchern nicht vollkommen begriffen werden. Es sei eine sehr komplexe Diskussion. Ökologisch produzierte Lebensmittel werden von den Verbrauchern viel leichter begriffen als nachhaltig produzierte Lebensmittel. Der Kunde verstehe nachhaltig produzierte Lebensmittel als regional produzierte Lebensmittel und das sei sehr rational. Die REWE sei dabei, Allianzen von lokalen regionalen Erzeuger zu gründen und ihrer Produkte stärker in dem Sortiment zu implementieren. Im Sinne einer Nachhaltigkeitsdiskussion sei es sehr wichtig die sozio-ökonomischen Wirtschaftskreisläufe in den Regionen zu fördern.

Dr. Breloh hob Unternehmensverantwortung hervor. Unternehmen müssen ihren Beitrag dazu leisten, ökologische und soziale Missstände in den Lieferketten der Nahrungsmittelproduktion entgegen zu wirken. Dazu bedarf es der Schwachstellenanalyse, und dabei zeigt sich, dass die Ursachen häufig in der landwirtschaftlichen Rohstoffproduktion zu finden sind. (Z.B. bei Schokolade: Probleme liegen beim Kakaoanbau bis hin zur Kinderarbeit). Der Lebensmitteleinzelhandel muss sich also stärker vernetzen bis hin zur Urproduktion.

Dr. Breloh nannte 4 Instrumente für nachhaltigere Lebensmittelproduktion:

- Mehr Transparenz bei den Lebensmitteln, auch in Form von Labeln, damit sich der Verbraucher besser orientieren und bewusst auswählen kann.
 - Verantwortung der Unternehmen, sie müssten stärkeren Einblick in die Produktionsbedingungen nehmen. Man müsse sich manchmal auch gegen bestimmte Sortimente entscheiden können. Die Unternehmen können sich einen viel besseren Blick schaffen und besser handeln als der Verbraucher.
 - Sektorale, d.h. gemeinschaftliche Entwicklungen in der Branche, z.B. beim Tierschutz oder beim Verzicht auf Gentechnik. Mit Brancheninitiativen erreicht man schrittweise Verbesserungen. Dies sei umso wichtiger, da mit Labels allein nur verantwortungsbewusste Verbraucher erreicht würden und somit der Markt nur begrenzt verändert werden könne.
 - Ggf. auch stärkere ordnungspolitische Rahmenbedingungen, wo nötig. Diese müssten aber für die Wirtschaftsbeteiligten umsetzbar sein.
-

Anhang

Pressemitteilung zur Verbraucherkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Verbraucherinnen und Verbraucher legen Wert auf gesunde Ernährung mit sicheren und guten Lebensmitteln. Doch zwischen Anspruch und Realität klafft oft eine Lücke, im Alltag kommt die gesunde Ernährung zu kurz, und Lebensmittel entsprechen nicht immer den Erwartungen der Konsumenten.

Im Mittelpunkt der großen Verbraucherkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion am 1. Juli zum Thema Ernährung stand deshalb die Frage: Was muss anders werden, damit es für alle leichter wird, sich gut, gesund und nachhaltig zu ernähren?

In drei Foren ging es entlang der Wertschöpfungskette um die Bedingungen der landwirtschaftlichen Erzeugung über Lebensmittelindustrie und Wettbewerbssituation im Lebensmittelhandel bis hin zum Alltag der Menschen in Kantinen, Restaurants oder vor dem Supermarktregal.

Deutlich wurde, dass gute Ernährungspolitik sowohl das Verbraucherverhalten als auch die Verhältnisse auf dem Markt im Blick haben muss.

Denn zum einen sind die Zugangsmöglichkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher zu einer ausgewogenen Ernährung unterschiedlich und hängen auch von ihrer finanziellen Situation und ihrem Bildungshintergrund ab. Deshalb besteht insbesondere bei der KiTa- und Schulverpflegung von Kindern als besonders verletzte Verbrauchergruppe Handlungsbedarf: Für ein gesundes Essen zu sorgen, an dem alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern teilhaben können, ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit und ein Kernanliegen für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Zum anderen bietet der Markt oft nicht die idealen Voraussetzungen für eine gesunde Ernährungsweise. Und die Transparenz lässt häufig zu wünschen übrig. So erfahren Verbraucherinnen und Verbraucher immer noch nicht, wie der Imbiss oder die Bäckerei um die Ecke bei der letzten Lebensmittelkontrolle abgeschnitten haben und wer salmonellenbelastete Eier verkauft hat. Wir brauchen Verbesserungen bei der Verbraucherinformation. Und wir brauchen ein verbessertes Produktangebot auf dem Markt, mit gesünderen Rezepturen und mehr Transparenz bei der Kennzeichnung. Es muss klar sein, was wirklich in den Produkten enthalten ist, wie sie hergestellt wurden und wo sie herkommen.

Immer mehr Menschen interessieren sich auch für die Art und Weise, wie die Lebensmittel erzeugt werden. Ob artgerechte Tierhaltung, regional, ohne Gentechnik, zu fairen Arbeitsbedingungen: nur verlässliche Standards, Transparenz, klare und glaubwürdige Kennzeichnung ermöglichen Verbraucherinnen und Verbraucher, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen und den Markt mitzugestalten.

Sozialdemokratische Ernährungs- und Verbraucherpolitik hat klare Ziele: eine nachhaltige Lebensmitteleherzeugung, die sich an den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert. Die SPD-Bundestagsfraktion will Markttransparenz, die selbstbestimmte Konsumententscheidungen ermöglicht. Wir wollen gute und sichere Lebensmittel und der Zugang zu einer gesunden Ernährungsweise für Alle.

.....